

Ökonomische Notprogramme in der COVID-Krise: die zentralosteuropäische industrialisierte Peripherie

Joachim Becker

Die zentralosteuropäischen Länder sind in den ersten Monaten relativ wenig von COVID-19-Infektionen betroffen gewesen. Sie schlossen Mitte März bei noch sehr geringen Infektionszahlen die Grenzen und verhängten starke Einschränkungen für das Wirtschafts- und Alltagsleben. Als industrielle Zulieferer waren sie aber auch von den Betriebsschließungen in Westeuropa stark betroffen. Die Regierungen in der zentralosteuropäischen industriellen Peripherie – Polen, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn – verabschiedeten angesichts des plötzlichen Wirtschaftseinbruchs wirtschaftliche Stützungsprogramme. Dieser Artikel geht der Frage nach, welchen Zuschnitt diese Programme hatten, welche Interessengruppen in ihre Konzipierung eingebunden waren, auf wessen Interessen sie ausgerichtet waren und inwieweit sie längerfristige Strategien der jeweiligen Regierungen reflektierten.

Zu Beginn der Krise waren in Ungarn und Polen seit mehreren Jahren rechtsnationalistische Parteien an der Regierung, welche die Position des einheimischen Kapitals gegenüber dem transnationalen Kapital zumindest selektiv zu stärken suchten. In der Tschechischen Republik regiert mit der Akce nespokojených občanů (ANO) eine durch einen Oligarchen geprägte Partei die Regierungskoalition. In Slowenien und der Slowakei kam es zu Beginn der COVID-19-Krise zu Regierungswechseln, die mit einem politischen Rechtsruck verbunden waren. Nach dem Zerbrechen der bisherigen Regierungskoalition wurde in Slowenien die Slovenska demokratska stranka (SDS) von Janez Janša, deren Staatsprojekt sich an Fidesz im benachbarten Ungarn orientiert, zur zentralen Regierungspartei. In der Slowakei wurde die sozialdemokratisch geführte Koalition abgewählt und durch eine heterogene Allianz eher nationalkonservativer wie auch neoliberaler Kräfte abgelöst. In diesen beiden Ländern komplizierte der Regierungswechsel die ökonomischen Reaktionen auf die Krise.

Ökonomische Verwundbarkeiten und Wirkungen der COVID-19-Krise

Die vier Visegrád-Länder und Slowenien gehören zur industrialisierten Peripherie der EU. Sie weisen einen vergleichsweise hohen Anteil der verarbeitenden Industrie am BIP und auch an der Beschäftigung aus. Der Anteil der verarbeitenden Industrie bewegte sich 2019 zwischen 17% (Polen) und 22% (Tschechische Republik) – und damit in etwa auf der Höhe des Anteils Deutschlands, der industriellen Zentralmacht der EU, von 19% (World Bank 2020a). Die zentralosteuropäische Industrie ist in einer untergeordneten Position in die europäische Arbeitsteilung integriert. Besonders eng ist die Integration in der Slowakei, in Ungarn und der Tschechischen Republik, etwas geringer in Slowenien und Polen (Schreiner et al. 2020: 10). Kapitalistische Transformation und EU-Integration resultierten in der Dominanz des transnationalen Kapitals in der ver-

arbeitenden Industrie dieser Länder. Industrielle Direktinvestitionen wurden vor allem mit Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen Ende der 1990er Jahre forciert. In Ungarn erfolgte die Weichenstellung zugunsten des Auslandskapitals allerdings schon zu Beginn der 1990er Jahre (Drahokoupil 2009: 38 ff.). Als am stärksten auf Westeuropa orientierter Teil Jugoslawiens war Slowenien zu Beginn der Transformation bereits stärker in westeuropäische Produktionsketten integriert als die anderen zentralosteuropäischen Ökonomien. Industrielle Auslandsinvestitionen spielten – im Rahmen einer selektiven Öffnung gegenüber dem Auslandskapital – in Slowenien bereits recht früh eine bedeutende Rolle, wenngleich relevante einheimische Unternehmen bestehen blieben. Hier kam es in Gefolge der Bankenkrise ab 2008 ff. und den folgenden Restrukturierungsaufgaben der Europäischen Kommission während der Eurozonenkrise in den letzten Jahren zu einer erneuten Welle von ausländischen Übernahmen (Podvršič 2019, Podvršič 2018: 27 f.).

Die zentralosteuropäischen Länder der industriellen Peripherie sind sehr stark in die deutschen Produktionsketten integriert (Popławski 2016: 15 ff., 48 ff., Podvršič 2019: 231, Celi et al. 2020: 152 ff.). Die Automobilindustrie hat in der Slowakei, der Tschechischen Republik und in Ungarn eine herausragende Bedeutung, während sie in Polen und Slowenien zwar sehr wichtig ist, aber nicht eine derart tragende Rolle für die verarbeitende Industrie spielt (vgl. Becker et al. 2015: 55 ff.). Restrukturierungsprozesse, die nicht zuletzt durch die immer sichtbareren mit der Automobilität verbundenen ökologischen Probleme und dem damit verbundenen Legitimitätsproblemen der Branche in Gang gesetzt wurden, hatten bereits vor der Krise eingesetzt. Die enge Spezialisierung auf die Autoindustrie stellt für die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn inzwischen nicht nur eine große ökonomische Verwundbarkeit, sondern auch ein gravierendes Strukturproblem dar. In der aktuellen Krise weist die slowenische Industrie durch die Existenz einer relevanten Pharmaindustrie auch einen Aktivposten auf, der generell weniger konjunkturabhängig als die Automobilindustrie ist (vgl. Lorenčič/Prinčič 2018: 461 ff.). Die Industrie in Polen ist insgesamt stärker diversifiziert und stärker binnenorientiert als in den anderen Ländern dieser Gruppe.

Die Zweigwerke und Zulieferer wurden gleich zu Beginn der Corona-Krise durch Entscheidungen der Produktionseinstellung bzw. -beschränkung in den westeuropäischen Konzernzentralen betroffen. In den Monaten des harten Lockdown von März bis Juni 2020 verzeichnete in der Gruppe der industrialisierten Peripherie die Slowakei die stärksten Produktionseinbrüche gegenüber dem Vorjahr – mit einem Maximum von 42 % im April 2020. Es folgten Ungarn und die Tschechische Republik – mit einem Maximum des Produktionseinbruchs gegenüber dem Vorjahr um 36,8 % bzw. 35,2 %. In Slowenien war die Kontraktion der industriellen Produktion deutlich schwächer – und erreichte auf dem Höhepunkt im April 2020 24,5 %. Insgesamt ging die Produktion in Polen in dieser Gruppe am wenigsten zurück, wenngleich der maximale Produktionseinbruch im April mit 25,1 % sogar etwas stärker als in Slowenien ausfiel. In den Folgemonaten näherten sich die Produktionswerte allmählich wieder stärker an die Vorjahreszahlen an. Als einzigem Land der industriellen Peripherie konnte in Polen im Juli 2020 die industrielle Produktion des Vorjahres übertreffen (vgl. Tab. 1). Damit wurden die eng auf die Autoindustrie spezialisierten und besonders eng in die globalen Produktionsketten integrierten Ökonomien besonders stark von der Krise getroffen. Das industrielle Produktionsprofil sowohl der kleinen Exportökonomie Sloweniens als

	2019-12	2020-01	2020-02	2020-03	2020-04	2020-05	2020-06	2020-07	2020-08
Tschechische Republik	-2,9	-1,4	-0,3	-12,4	-35,2	-25,3	-10,5	-4,9	-5,5
Ungarn	-3,4	3,1	2,1	-10,0	-36,8	-27,8	-12,2	-7,7	-0,2
Polen	1,3	3,4	3,4	-4,9	-25,1	-15,3	-4,4	0,9	1,4
Slowenien	0,9	-2,8	3,6	-8,1	-24,5	-16,2	-11,6	-4,9	-1,8
Slowakei	-7,0	0,5	-1,7	-19,6	-42,0	-33,4	-8,4	-3,6	-0,8

Tabelle 1: Industrieproduktion (Volumen, NACE Rev.2) Veränderungen zum Vorjahresmonat in Prozent.

Slowenien: provisorische Daten. Quelle: Eurostat, Production in industry - monthly data [STS_INPR_M]

auch der stärker binnenorientierten Ökonomie Polens erwiesen sich in der Corona-Krise als krisenbeständiger.

Stark betroffen einerseits von Grenzschließungen, andererseits vom zeitweiligen Lockdown war (und ist) der Tourismus-Sektor, in dem lokale Unternehmen eine relevante Rolle spielen. Im Gegensatz zu den Ländern der südeuropäischen de-industrialisierten Peripherie spielt dieser in der industrialisierten Peripherie Zentralosteuropas – mit Ausnahme Sloweniens – keine besonders starke Rolle. Nur in Slowenien überstieg der Anteil des Tourismus am BIP im Jahr 2018 die 10%-Marke. In den anderen Ländern bewegte sich der Anteil zwischen 5 % und 8 % (Schreiner et al. 2020: 11 f.).

Die Visegrád-Länder und Slowenien ergriffen im Frühjahr 2020 sehr früh sehr scharfe Maßnahmen des Lock-down (vgl. Schreiner et al. 2020: 22 ff.). Sie brachten große Teile des inländischen Dienstleistungssektors zum Erliegen. Dies betraf gerade auch kleinere einheimische Betriebe und Selbstständige. Die Reserven dieses Sektors waren in der Regel gering. In einer Befragung in der Tschechischen Republik gaben im April 2020 7–9 % der Haushalte an, dass ihre Einkommen auf die Hälfte oder weniger zurückgegangen seien und ihre Ersparnisse maximal bis zum Ende des Monats reichten (nach Prokop 2020: 241).

Die durch den Lockdown und anhaltende Beschränkungen ausgelöste Rezession erhöhte einerseits den Liquiditätsbedarf und konfrontierte andererseits den Bankensektor mit der Aussicht einer steigenden Zahl notleidender Kredite. Der Finanzsektor in der industrialisierten Peripherie Zentralosteuropas zeigte seit der Krise von 2008 ff. sehr unterschiedliche Dynamiken. Der Bankensektor war in Ungarn und Slowenien durch die damalige Krise deutlich stärker betroffen als in den anderen drei Staaten. In Ungarn war der hohe Anteil von Fremdwährungskrediten hierfür ein zentraler Grund, in Slowenien die starke Dynamik der Unternehmenskredite. In beiden Ländern sind seitdem Tendenzen einer partiellen De-Finanzialisierung zu erkennen. Das Verhältnis der inländischen Kredite an den Privatsektor zum BIP ging zwischen 2008 und 2019 in Ungarn von 59,4 % auf 33,9 % und in Slowenien noch drastischer von 76,4 % auf 42,8 % zurück (World Bank 2020b). In Ungarn war dies vor allem einer starken Reduktion der Kredite an die Haushalte geschuldet (vgl. Eurostat 2020). In Slowenien hingegen wandten sich die Banken von den Unternehmenskrediten ab. Das Verhältnis der Kredite an Haushalte zum BIP veränderte sich hingegen kaum (vgl. Eurostat 2020). Insofern glich sich Slowenien dem üblichen Muster der Kreditvergabestruktur in der Region, die auf Kredite an Haushalte fokussiert ist, an. Beide Länder haben finanzielle Vulnerabilitäten seit 2010/2011 partiell abgebaut, gleichzeitig sind ihre Ökonomien einseitiger vom industriellen Export abhängig geworden.

In den anderen drei Ökonomien ist eine Fortsetzung der Finanzialisierungstendenzen der Vorkrisenzeit festzustellen. In Polen und der Tschechischen Republik war eine noch relativ moderate Steigerung des Verhältnisses der inländischen Kredite an den Privatsektor zum BIP zwischen 2008 und 2019 festzustellen – von 47,3 % auf 51,5 % in Polen und von 43,4 % auf 51,5 % in der Tschechischen Republik. Im Eurozonen-Land Slowakei hingegen zeigte die inländische Kreditvergabe – vor allem an die Privathaushalte – befeuert durch die niedrigen Zinsen der Eurozone eine extreme Dynamik. Das Verhältnis der inländischen Kredite an den Privatsektor zum BIP stieg von 40,7 % im Jahr 2008 auf 62,7 % im Jahr 2019 (World Bank 2020b). Dieses Kreditwachstum sah die Slowakische Nationalbank als problematisch an und suchte in den letzten Jahren – mit begrenztem Erfolg – gegenzusteuern. In der Slowakei hat sich damit die finanzielle Vulnerabilität in den letzten Jahren erhöht.

Die Niederlassungen transnationaler Konzerne sind relativ wenig auf die lokalen Bankensysteme angewiesen. Relevanter sind sie für einheimische Firmen.

Unterschiedliche Tendenzen lassen sich in der Eigentumsstruktur des Bankensektors in der Region für die Zeit seit 2010 beobachten. In der Tschechischen Republik und der Slowakei blieb es bei der Dominanz ausländischer Banken. In Ungarn und Polen – beides Länder außerhalb der Eurozone – waren die rechtsnationalistischen Regierungen bestrebt, den Anteil des einheimischen Bankensektors auszubauen. Da einzelne westeuropäische Banken ihr Engagement in Zentralosteuropa aufgrund ihrer in Folge der Finanzkrise schwierigen Situation reduzierten, ergaben sich hierfür auch Möglichkeiten. In beiden Fällen stieg der Anteil einheimischer Banken am Bankensektor in den letzten Jahren signifikant an (vgl. Becker 2018: 80, 105, Méró/Piroska 2016: 224.). Im Fall des Eurozonen-Landes Slowenien kam es im Gefolge der Eurozonen-Krise zur entgegengesetzten Tendenz. Hier war bis zu Beginn der Krise von 2008 ff. ein substanzieller einheimischer Bankensektor mit engen Beziehungen zu den einheimischen Firmen bewahrt worden. Die Europäische Kommission setzte im Rahmen der Bankenrettung eine Privatisierung der größten Banken durch, die zugunsten von Auslandskapital erfolgte (Piroska/Podvršič 2020).

Damit wiesen die Länder der industrialisierten osteuropäischen Peripherie am Vorabend der COVID-19-Krise unterschiedliche Eigentumsstrukturen und Verschuldungsdynamiken auf. Gemeinsam ist ihnen allerdings die Konzentration auf die Kreditvergabe an Privathaushalte. Auch sind kleinere einheimische Unternehmen primär auf den lokalen Bankensektor verwiesen. In diesen beiden Bereichen liegen damit auch die Verwundbarkeiten des Bankensektors in der Region.

Die Slowakei, Slowenien und die Tschechische Republik wiesen bereits im ersten Quartal 2020 bedingt durch die beginnenden Produktionseinschränkungen ein niedrigeres BIP als im selben Vorjahresquartal auf. In Polen und Ungarn lag dieses aufgrund einer anfänglich relativ starken Wachstumsdynamik im 1. Quartal 2020 noch über den Vorjahreswerten. Im 2. Quartal 2020 erfolgte ein starker Einbruch des BIP. Nur in Polen mit seiner stärker binnenorientierten und diversifizierten Ökonomie ging das BIP um weniger als 10 % zurück. Nur etwas über 10 % lag der BIP-Rückgang in der Tschechischen Republik. Danach folgten die Slowakei und Slowenien. Am stärksten fiel die Kontraktion gegenüber dem Vorjahr in Ungarn mit 13,6 % aus (vgl. Tab. 2). Die Unterschiede im BIP-Rückgang bei den kleineren zentralosteuropäischen Peripherieländern sind – im Gegensatz zur Entwicklung in der industriellen Produktion – relativ gering.

	2019 Q3	2019 Q4	2020 Q1	2020 Q2
Tschechische Republik	3,0	1,7	-1,6	-10,8
Ungarn	4,7	4,2	2,2	-13,6
Polen	4,6	3,7	1,9	-8,0
Slowenien	3,1	2,0	-2,4	-13,1
Slowakei	1,4	2,0	-3,6	-12,1

Tabelle 2: BIP zu Marktpreisen, prozentuelle Veränderung zum Vorjahrsquartal. Quelle: Eurostat, GDP and main components (output, expenditure and income), unadjusted data [namq_10_gdp]

Die Möglichkeiten des Krisenmanagements werden durch die periphere Stellung der zentralosteuropäischen Länder eingeschränkt. Über eine Niedrigsteuerpolitik suchten sie Auslandskapital anzuziehen. Damit ist die Steuergrundlage des Fiskalstaats eher schwach. Auf der Ausgabenseite hat dieses Fiskalregime zu strukturellen Unterfinanzierungen, gerade auch im Gesundheitswesen, geführt, die das Krisenmanagement erschweren. In Slowenien und der Slowakei ist der Anteil ausländischer Gläubiger an der Staatsschuld mit über 65 % sehr hoch, in der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen bewegt er sich bei immer noch beachtlichen 40 %. Nur in Ungarn liegt dieser Anteil niedriger als 2009 (Schreiner et al. 2020: 15 f.). Damit sind diese Länder insgesamt bei der Aufnahme von Staatsschulden relativ stark vom Ausland abhängig. Ungarn wird von den Rating-Agenturen schwächer bewertet als die anderen Länder der Gruppe (Schreiner et al. 2020: 16 f.). Hier liegen potenzielle Vulnerabilitäten für das Krisenmanagement. Die Tschechische Republik, Polen und Ungarn können die Nationalbanken aktiv im Krisenmanagement einsetzen, während Slowenien und die Slowakei auf den Schutzschirm der EZB verwiesen sind.

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche ökonomischen Stützungspakete die Regierungen der Region in der ersten Phase der COVID-19-Krise vor dem Hintergrund der jeweiligen ökonomischen Strukturen und politischen Konstellationen konzipierten.

Polen: Krisenmanagement im Wahlkampf

Die durch Prawo i Sprawiedliwość (PiS) gestellte Regierung konzipierte das erste große ökonomische Stützungspaket im Wahlkampf um das Präsidentenamt. Diese Wahl war ursprünglich für den 10. Mai 2020 vorgesehen. Über die Möglichkeit eines Vetos kann der polnische Präsident Regierungsvorhaben behindern. Daher war die Wiederwahl Andrzej Dudas für das Machtdispositiv von PiS wichtig. Die PiS-Regierung verfolgt eine Mischung neoliberaler und nationalkonservativer Elemente. Der Staatsumbau mit seiner Repolitisierung des Staates und der offensiven Ausdehnung des Einflusses der Regierungspartei, speziell auf die Justiz und die öffentlichen Medien, tragen eine nationalkonservative Handschrift. In der Wirtschaftspolitik strebt PiS eine Stärkung des einheimischen Kapitals und des produktiven Profils an. Diese Politik versucht das Verhältnis von Auslands- und Inlandskapital neu auszubalancieren, ist aber nicht gegen Auslandsinvestitionen gerichtet. Lohn- und sozialpolitisch war die PiS-Politik bis zur COVID-19-Krise nicht nur auf die Mittelklasse, sondern auch auf die ArbeiterInnenschaft ausgerichtet (vgl. Becker 2018: 99 ff., Becker: 2020: 158 ff.).

Über ein attraktives Stützungsprogramm suchte PiS, WählerInnen an sich zu binden (vgl. Dąbrowska/Greszak 2020: 19). Sie versprach sich von einem Festhalten am Wahltermin im Mai ein gutes Wahlergebnis für Duda. Die Opposition plädierte – auch im Lichte schlechter Umfragewerte für ihre KandidatInnen – für eine Verschiebung der Wahl, bis für Wahlkampf und Wahl wieder ein „normaleres“ Umfeld gegeben sei. Sie argumentierte sogar für die Verhängung des Ausnahmezustandes, in dem Wahlen nicht möglich gewesen wären. Angesichts von großen Problemen in der Wahlvorbereitung, Widerständen im eigenen Lager und sich abzeichnender Legitimitätsprobleme des Wahlgangs stimmte PiS letztlich einer Wahlverschiebung zu. Die Stichwahl im Juli gewann Duda. Allerdings sind im Verlauf der Debatte um die Wahl Risse im Lager von PiS und seinen beiden kleinen Partnern, der eher liberalen Porozumienie und der besonders rechtsnationalistischen Solidarna Polska, aufgetreten. Hierbei stehen sich ein eher wirtschaftsnahes Lager um den Premierminister Mateusz Morawiecki, der vom Parteichef Jarosław Kaczyński zu seinem Nachfolger aufgebaut wurde, und ein besonders konservatives Lager um den Justizminister Zbigniew Ziobro gegenüber (Szacki 2020). Im Herbst 2020 konnte Kaczyński nur mit Mühe einen Verlust der Regierungsmehrheit verhindern.

Das ökonomische Stützungsprogramm wurde vornehmlich von Kadern aus dem Morawiecki-Lager konzipiert (Dąbrowska/Greszka 2020: 17). Bestimmte Maßnahmen der Anti-Krisenpolitik stießen bei Unternehmerverbänden und Gewerkschaften auf Kritik. Besonders gilt das für die im Rahmen eines der Anti-Krisen-Pakete geschaffene Möglichkeit für den Premierminister, unter bestimmten Bedingungen Mitglieder des Rada Dialogu Społecznego (RDS) abzuwählen. Diese Beschneidung der Autonomie des zentralen neo-korporatistischen Konsultationsgremiums wurde auch international, unter anderem von der International Labour Organisation (ILO), kritisiert (vgl. Radzowski 2020: 25). Dies stellt eine Verschiebung im Verhältnis von PiS und den Vertretungsorganisationen von Kapital und Arbeit dar. Die PiS-Regierung hatte die dreiseitigen Konsultationsmechanismen nach einer Unterbrechung während der liberalen Vorgängerregierung wiederhergestellt. Sie funktionierten danach allerdings nur selektiv.

Die Anti-Krisen-Politik gegenüber den ArbeitnehmerInnen ist ambivalent. Bereits zu Beginn der Krise eröffnete die Regierung den Unternehmen, aber auch überlasteten Gesundheitseinrichtungen die Möglichkeit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 60 Wochenstunden und eine Herabsetzung der Mindestruhezeit (Lauterbach 2020: 9). Die Kurzarbeitsregelung fiel restriktiv aus. Der Lohnersatz beträgt nur 50% des ursprünglichen Lohnes, was die niedrigste Ersatzrate bei den Kurzarbeitsregelungen während der COVID-19-Krise in der EU ist (Müller/Schulten 2020: 6, Abb. 3). Die Abdeckung durch öffentliche Gelder ist auf 40% des Durchschnittslohns gedeckelt (Polski Fundusz Rozwoju 2020: 13). Besonders gering war auf dem Höhepunkt des ersten Lockdowns Ende April/Anfang Mai 2020 auch die Inanspruchnahme der Kurzarbeitsregelung mit nur 3,1% der Beschäftigten – auch hier der niedrigste Wert unter den erfassten EU-Ländern (Müller/Schulten 2020: 3, Abb. 2). Mit der Folge heftiger Gewerkschaftsproteste, darunter auch der PiS nahestehende Solidarność-Dachverband, entwickelte die Regierung weitgehende Pläne zur Erleichterung von Kündigungen (Lauterbach 2020: 10). Die PiS-Regierung ging von diesen Plänen dann jedoch weitgehend, wenn auch nicht vollständig, wieder ab (Ćwieluch 2020: 14). An Kürzungen bei den Abfindungen in Kündigungsfällen hielt sie fest (OPZZ 2020). Das äußerst geringe

Arbeitslosengeld wurde im Mai von 741,87 Zł (für die ersten drei Monate, dann nur 592,52 Zł) auf 1.200 Zł hochgesetzt und zusätzlich ein dreimonatiger Antirezessionszuschlag von 1.300 Zł eingeführt (Rabij 2020: 27), was in der Region die absolute Ausnahme darstellt. Für Beschäftigte mit Werkverträgen, die durch die Krise betroffen wurden, schuf die Regierung eine Zahlung von 2080 Zł für drei Monate (Witczyk 2020). Die Berücksichtigung von dieser großen Gruppe von atypisch Beschäftigten ist bemerkenswert. Für Selbständige gilt eine analoge Regelung (Witczyk 2020). Mikrobetriebe können beim Fundusz Pracy einen Kredit von 5.000 Zł erhalten, der bei Weiterbeschäftigung der Angestellten für mindestens drei Monate zum verlorenen Zuschuss wird (gov.pl 2020a), womit die Beschäftigung bei Kleinstbetrieben zumindest in das Blickfeld gerät. Es gibt insgesamt einerseits neoliberale Elemente und andererseits verbesserte Absicherungen.

Für die Kapitaleseite wurden unterschiedliche Regelungen für Mikro-, Klein-, Mittel- und Großbetriebe geschaffen. Bei Klein- und Mittelbetrieben stehen eher Subventionen, bei Großbetrieben eher Liquiditätsgewährleistung und Kreditinstrumente im Vordergrund (Polski Fundusz Rozwoju 2020: 91). Auffällig ist, dass der Finanzrahmen für Programme des Polski Fundusz Rozwoju (PFR), der im staatlichen Entwicklungsfinanzdispositiv die zentrale Rolle einnimmt und von einem Vertrauten des Premierministers geführt wird (Czarkowski 2020: 11), für Mikrobetriebe (25 Mrd. Zł) und kleine und mittlere Unternehmen (50 Mrd. Zł) insgesamt höher als für die Großbetriebe (25 Mrd. Zł) veranschlagt ist (Polski Fundusz Rozwoju 2020: 93). Über die staatliche Entwicklungsbank Bank Gospodarstwa Krajowego (BGK) werden unterschiedliche Garantieprogramme für Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe einerseits und Großbetriebe andererseits abgewickelt. Für Großbetriebe können hierbei 80% Garantien für bis zu 250 Mio. Zł in Anspruch genommen werden (Polski Fundusz Rozwoju 2020: 114 ff.). Sektorale, z.B. für den Tourismus, wurden eigene Programme geschaffen (Polski Fundusz Rozwoju 2020: 61 ff.). Hier sind Branchen mit einem relativ hohen Anteil einheimischen Kapitals relativ stark vertreten.

Komplementiert werden diese Zuschuss-, Kredit- und Garantieprogramme durch Flexibilisierungen bei Steuerzahlungen bzw., im Fall von Kleinstunternehmen, durch die Möglichkeit der befristeten Befreiung von Sozialabgaben. Die Kündigung von Geschäftslokalen wurde vorübergehend beschränkt (Polski Fundusz Rozwoju 2020: 33 ff. bzw. 71).

Die Polnische Nationalbank setzte den Basiszinssatz von 1,5% auf 1,0% herab, reduzierte die Mindestreserven und erhöhte die Liquidität im Bankensektor (gov.pl 2020b, CMKOS 2020).

Das ökonomische Gesamtpaket ist auf 212 Mrd. Zł. (ca. 47 Mrd. Euro), gut 9% des polnischen BIP, veranschlagt (CMKOS 2020). Der Mittelabfluss aus dem PFR erfolgte offenbar relativ rasch, bis Mitte Mai wurden 84,6% der Anträge positiv beschieden. Deutlich mehr Probleme wies die Bearbeitung durch die Arbeitsämter auf (Skwirowski 2020: A16). Dies spiegelt die Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Teile der parastaatlichen Institutionen wider.

Das Gesamtpaket ist komplex und relativ umfassend. Es setzt einen deutlichen Schwerpunkt bei der Kapitaleseite, vor allem den kleineren und mittleren Unternehmen, die auch eher in einheimischem Besitz sind. Das entspricht auch der längerfristigen Gesamtstrategie der regierenden PiS. Widersprüchlich und partiell konfliktiv stellen

sich hingegen die Maßnahmen gegenüber den abhängig Beschäftigten dar. Sie schwanken zwischen einer Radikalisierung neoliberaler Maßnahmen und der Verstärkung von Schutzmechanismen. Darin dürfte sich auch die Existenz unterschiedlicher Flügel – eher sozialkonservativ und eher neoliberal – widerspiegeln.

Ungarn: Anti-Krisenpolitik in Kontinuität mit dem selektiven Wirtschaftsnationalismus

Der Fiatal Demokraták Szövetsége (Fidesz) sah in Folge der Krise von 2008 ff. als Regierungspartei die Chance, das Verhältnis von Auslandskapital und einheimischem Kapital neu auszubalancieren (Gerócs/Jelinek 2018). Sie förderte gezielt die Stärkung „nationalen Kapitals“, das eng mit der Regierungspartei liiert ist, in bestimmten Dienstleistungssektoren, vor allem Banken, Handel, Tourismus, aber auch in der Bau- und Landwirtschaft. In der Exportindustrie setzt Fidesz weiter auf Auslandsinvestitionen. Diese werden auch hoch subventioniert (vgl. Bohle 2018: 248 f., Gerócs/Jelinek 2018: 27, Antal 2019: 57 ff., Scheiring 2019: 274 ff., Éber et al. 2019: 43 ff., Becker 2020: 157 f.). Aufgrund der Krise des Finanzsektors und der partiellen De-Finanzialisierungspolitik von Fidesz ist das ungarische Akkumulationsregime in den letzten Jahren noch abhängiger von den industriellen Exporten geworden (Bohle 2018: 249). Im Interesse gerade auch des Exportkapitals hat die Fidesz-Regierung die Arbeitsbeziehungen flexibilisiert. Ihre Sozialpolitik zeichnet sich durch neoliberale Workfare einerseits und eine großzügige, auf die Mittelklasse ausgerichtete Familienpolitik andererseits aus (vgl. Becker 2020: 159 f.). Insgesamt ist die Politik von Fidesz einerseits auf ausländisches Kapital im Exportsektor und andererseits auf die von der Partei abhängige „Klientelbourgeoisie“ (Szalai 2018: 57) und die obere Mittelklasse ausgerichtet. Sie hat auch unter (qualifizierten) ArbeiterInnen eine starke WählerInnenschaft (Scheiring 2019: 173 ff.). Hierbei sind die externe Dominanz, wie sie von Fidesz kritisiert wird, und die hohen fortbestehenden Lohnunterschiede zu den westlichen Ländern für ArbeiterInnen Gründe, sich der Rechten zuzuwenden (Bartha/Tóth 2019: 259 f.). Gleichzeitig hat die unternehmerInnenfreundliche Deregulierung der Arbeitszeit Ende 2018/Anfang 2019 auch ein Konfliktpotenzial zwischen der Fidesz-Regierung und den ArbeiterInnen aufgezeigt (Antal 2020: 13 f.).

Seit dem Wahlsieg von 2010 hat Fidesz in Ungarn einen autoritär konturierten Parteienstaat aufgebaut, welcher das polit-ökonomische Projekt abstützt und der stark zersplitterten Opposition wenig Spielräume lässt. Im Herbst 2019 gelang der heterogenen Opposition durch gemeinsames Vorgehen und die Schaffung eines kommunalpolitischen Profils in Budapest und einigen anderen Städten Erfolge bei den Kommunalwahlen. Dies wurde von Fidesz als ein Warnzeichen aufgefasst.

Mitte März 2020 legte die ungarische Regierung zunächst ein sehr kleines ökonomisches Stützungs paket vor, Substanzielleres folgte erst im April. Eiliger hatte es die Fidesz-Regierung mit der Verhängung eines umfassenden und unbefristeten Notstands. Dieser wurde zwar Ende Mai wieder aufgehoben (allerdings nicht ohne die Schaffung neuer rechtlicher Regelungen; Varhegyi 2020: 3), in der Zwischenzeit erließ die Regierung aber 120 Dekrete, die auch Bereiche wie den Datenschutz und das Arbeitsrecht umfassten (Mayer 2020: 4). Eine Spezifik des ungarischen Vorgehens ist, dass der Notstand auch für spezifische ökonomische Maßnahmen genutzt wurde. So wurde es er-

möglichst, Gewerbegebiete zu Sonderwirtschaftszonen zu erklären. Damit gehen Verantwortung und Gewerbesteuererinnahmen nicht mehr an die Gemeinde, sondern an die Regionalverwaltung (Komitat). Im Fall der Gemeinde Göd, wo im Herbst 2019 der Fidesz-Bürgermeister durch einen oppositionellen Kandidaten abgelöst wurde, wurde die Regelung gleich angewandt (Löwenstein 2020: 4). Die Regelung hat nicht nur neoliberalen Charakter, sondern ist auch ein spezifisch gegen die lokale Opposition einsetzbares Instrument. Auch die Militarisierung von Schlüsselbetrieben wurde mit dem Notstand möglich (Frankfurter Allgemeine 2020: 1). Dies geht in Richtung Einschüchterung der Gewerkschaften.

Die Regierung nutzte die Situation auch, um die Arbeitszeit weiter zu deregulieren und die Gewerkschaften zu schwächen. Den Unternehmen wurde im Frühjahr erlaubt, ohne kollektivvertragliche Regelung einen Arbeitszeitreferenzrahmen von 24 Monaten einzuführen. Dies stellt eine anti-gewerkschaftliche Verschärfung der umkämpften Arbeitszeitgesetzgebung von Ende 2018 dar. Einwände der Gewerkschaften wurden bei Seite gewischt (Csengel 2020, Podvršič et al. 2020: 34 f.).

Im April 2020 führte die ungarische Regierung ein Kurzarbeitsprogramm ein. Zunächst übernahm der Staat 70% der Lohnkosten bis zu einer Arbeitszeitreduktion von 50%. Später wurde die Grenze für die entgeltete Arbeitszeitverkürzung auf 75% erhöht. Zudem führte die Fidesz-Regierung eine Maximalgrenze von absolut 112.000 Forint (ca. 300 Euro) ein. Eine Ausnahme gilt nur für Beschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung, wo die Ersatzzahlung mit 319.000 Forint gedeckelt wurde (Podvršič et al. 2020: 34). Damit bewegt sich Ungarn im EU-Vergleich im unteren Bereich der Lohnersatzleistung (Müller/Schulten 2020: 6, Abb. 3). Soziale Abstützungsmaßnahmen, wie Verlängerungen einzelner Mutterschaftsleistungen, blieben auf minimalem Niveau. Delogierungen wurden vorübergehend ausgesetzt (Podvršič et al. 2020: 33).

Die Mitte März verabschiedeten Sofortmaßnahmen der Regierungen zur Stützung von Unternehmen waren relativ gering dimensioniert und bezogen sich primär auf besonders stark betroffene Sektoren wie den Tourismus, aber auch Medien (Podvršič et al. 2020: 32). Im Tourismus sind mit Fidesz eng liierte Geschäftsleute, darunter auch ein Schwiegersohn Viktor Orbáns, stark engagiert (Pap 2020: 9, Várhegyi 2020: 3). Für die Unterstützung der Kapitaleseite rief die Fidesz-Regierung ein Programm günstiger Kredite (Rahmen 2.000 Mrd. Forint) und Garantien (Rahmen: 500 Mrd. Forint) ins Leben. Auch eine Kapitalstützungskomponente ist vorgesehen. Der größte Teil des Programms wird über die ungarische Entwicklungsbank Magyar Fejlesztési Bank (MFB) abgewickelt. Das MFB-Programm ist vorrangig auf ungarische Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtet (Podvršič 2020: 35). Die Kapitalstärkungsprogramme sind auf die Bewahrung bzw. Ausweitung ungarischer Kapitalbeteiligungen orientiert (Várhegyi 2020: 3). Auch die Zentralbank hat sich verstärkt in der Entwicklungsfinanzierung engagiert (Podvršič et al. 2020: 36).

Bereits im März wurden Erleichterungen bei Steuer- und Sozialabgabezahlungen für bestimmte Sektoren bzw. Kleinbetriebe verabschiedet. Im Gegenzug wurden geringfügige neue Steuern für große Einzelhandelsunternehmen und Banken eingeführt (Podvršič et al. 2020: 33). Für die Finanzierung eines eigenen Fonds zur Krankheitskontrolle ließ die Regierung unter anderem die Parteienfinanzierung und die Gemeinden zur Ader – beides Maßnahmen, die erkennbar auf die Schwächung der Opposition gerichtet sind (Podvršič et al. 2020: 35).

Sowohl Haushalten als auch Unternehmen kommt ein Schuldenmoratorium bis zum 31. Dezember 2020 zugute (Podvršič et al. 2020: 33).

Die ungarische Zentralbank, Magyar Nemzeti Bank (MNB), hat die Liquiditätsversorgung für den Bankensektor verstärkt. Banken können von der MNB bereitgestellte Gelder auch spezifisch zum Kauf von Staatsanleihen, auch auf dem Primärmarkt, nutzen. Hierdurch werden die fiskalpolitischen Spielräume der Regierung erweitert (Podvršič et al. 2020: 36). Damit zeigt sich die Fidesz-Regierung geldpolitisch weiterhin partiell heterodox.

Der Umfang des im Frühjahr verabschiedeten ökonomischen Anti-Corona-Programms beläuft sich auf etwa 7% des BIP (Podvršič et al. 2020: 46, Tab. 1). Es spiegelt klar das Klassenprojekt von Fidesz wider. Priorität wird dem einheimischen Kapital eingeräumt. Die weiteren Arbeitszeitderegulierungen und einzelne Komponenten des Kreditprogramms kommen auch dem Auslandskapital zugute. Die KernarbeiterInnenenschaft wird begrenzt durch das Kurzarbeitsprogramm geschützt. Für prekäre Arbeitskräfte, Selbständige, Kleinstunternehmer und Arbeitslose hat das Regierungsprogramm (fast) nichts zu bieten. Es ist sehr exkludierend angelegt. Einher ging die Krisenpolitik mit autoritären Verhärtungen. Insofern zeichnet sich eine „brutalere“ Ausprägung der Fidesz-Klassenpolitik im Gefolge der Krise ab (Antal 2020: 15).

Slowenien: Rechtswende während der COVID-19-Krise

In Slowenien kam es kurz vor der COVID-19-Krise zu einem Zerbrechen der Regierung. Seit der internationalen Finanzkrise zeichnet sich Slowenien durch eine permanente Instabilität der Regierungen aus. Seit 2008 hat keine Regierung mehr regulär ihre Amtszeit zu Ende gebracht. Die internationale Krise von 2008 ff. und die Eurozonen-Krise zogen unter dem Druck der Europäischen Kommission strukturelle Veränderungen im slowenischen Akkumulationsregime und den Eigentumsverhältnissen nach sich. Eine Privatisierung der wichtigsten Banken gehörte zu den Auflagen der Europäischen Kommission für die slowenische Bankenhilfe. Staatsanteile wurden an ausländische Banken verkauft (Piroska/Podvršič 2020). Infolge der Restrukturierung der Banken wurde der enge Nexus zwischen den Banken und den einheimischen Kapitalgruppen weitgehend zerschlagen. Die Banken reduzierten ihre Kredite an die Unternehmen stark. Auch industrielle Unternehmen wurden privatisiert. Damit kam das Modell einer nur selektiven Öffnung gegenüber dem Auslandskapital zu einem Ende. Die Austeritätspolitik führte zu einer starken Verschlechterung der sozialen Lage, was – zusammen mit Korruptionsskandalen – während der Eurozonenkrise starke soziale Proteste auslöste. Aus diesen Protesten entstanden einerseits sich moralisierend gebende Anti-Korruptionsparteien diffus liberalen Zuschnitts, andererseits über mehrere Etappen die Linkspartei Levica, die auch ins Parlament gewählt wurde. Die neuen liberalen Parteien gaben sich gesellschafts- und kulturpolitisch linksliberal, waren und sind jedoch wirtschaftspolitisch rechtsliberal (Fink/Hafner 2020: 19). Es handelt sich um lose Gruppierungen fast ohne Mitgliederbasis und Kader (Fink/Hafner 2020: 23). Diese Parteien einte ihre Frontstellung gegenüber der wichtigsten Kraft der nationalistischen Rechten, der durch den umstrittenen Janez Janša geführten SDS. Diese verfügt über einen soliden Kader. Eng kooperiert die SDS mit Fidesz (vgl. z.B. Trampuš

2020). Mit Fidesz und PiS teilt SDS das Konzept des Aufbaus eines nationalistischen Parteienstaates, in dem die nationalistische Partei über ihre strategisch platzierten Kader steuernd wirkt. Hingegen ist bei der SDS (bislang) kein Konzept eines selektiven Wirtschaftsnationalismus zu erkennen. Hierfür sind durch die Eurozonen-Mitgliedschaft Sloweniens und die polit-ökonomischen Verschiebungen des letzten Jahrzehnts auch die Bedingungen ungünstiger als in Ungarn und Polen, wie Ana Podvršič und Jaša Veselinovič (2020) herausarbeiten.

Nach den Wahlen von 2018 entstand eine Anti-Janša-Koalition liberaler Parteien, die von Levica toleriert wurde. Für die Tolerierung waren Levica spezifische wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zugesagt worden. Die Zusagen wurden aber nicht eingehalten, sodass Levica nach etwa einem Jahr die Tolerierung beendete. Entscheidend für das Ende der Koalition war aber der schleichende Zerfall mehrerer Kleinparteien in der Koalition, wie der damalige Premierminister Marjan Šarec in einem Interview mit der linksliberalen Wochenzeitschrift Mladina erklärte (Mekina 2020). Šarec setzte auf Neuwahlen und verspekulierte sich damit politisch. Die von der Abwahl aus dem Parlament bedrohten Kleinparteien wechselten die Seite und ermöglichten Janša zu Beginn der COVID-19-Krise die Bildung einer neuen Rechtsregierung.

Die Ausarbeitung von ökonomischen Anti-Krisen-Maßnahmen begann noch unter der alten Regierung und wurde dann von der neuen Regierung übernommen. Deren Priorität war allerdings zunächst weniger das ökonomische Krisenmanagement als die Kaderpolitik. Hier folgte Janša sofort den Vorbildern aus Ungarn und Polen (Podvršič et al. 2020: 14f.). Das gilt auch für die Angriffe auf die Medien, speziell den öffentlichen Rundfunk und Fernsehen, die durch Mittelkürzungen in ihrer Substanz zerstört werden sollen.

Mit dem Regierungswechsel wurden auch die Modi des Krisenmanagements verändert. Im ökonomischen Bereich konsultierte die Regierung nicht den Wirtschafts- und Sozialrat mit den etablierten Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, sondern schuf einen Ad-hoc Beraterstab, in dem vor allem neoliberale ÖkonomInnen, FunktionärInnen früherer Regierungen Janšas sowie des Slovenian Business Club, der ManagerInnen erfolgreicher einheimischer Klein- und Mittelbetriebe aus dem Exportbereich repräsentiert, vertreten sind. Die Gewerkschaften forderten die Einberufung des Wirtschafts- und Sozialrats, die erst mit Mai 2020 mit der Arbeit am dritten Anti-Krisenpaket erfolgte (Podvršič 2020: 14). Konflikte mit den Gewerkschaften blieben aber bestehen. So kam es zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über Regelungen zur Verkürzung von Wartezeiten im Gesundheitswesen im 5. Anti-Krisen-Programm, welche die Gewerkschaften als einen möglichen ersten Schritt in Richtung einer Privatisierung des Gesundheitswesens interpretierten (Rus 2020: 4).

Die ersten ökonomischen Anti-Krisenmaßnahmen der Regierung Janša waren sehr bescheiden dimensioniert. Nach breiter öffentlicher Kritik wurden die Maßnahmen und deren finanziellen Ausstattung dann allerdings in pragmatischer Weise deutlich erhöht. Mit dem hastig erklärten Ende der Epidemie am 15. Mai liefen viele der ökonomischen Maßnahmen aus. Eine signifikante Ausnahme stellte die Kurzarbeit dar, auch die Unterstützung für Selbständige wurden fortgesetzt (Podvršič et al. 2020: 15, Rus 2020: 4).

Bei dem pragmatischen Vorgehen Janšas dürften dessen frühere Erfahrungen mit heftigen sozialen Protesten gegen die Anti-Krisenpolitik seiner letzten Regierung während der Eurozonenkrise eine Rolle spielen. Bei damaligen Protesten hatten auch die

Gewerkschaften eine Schlüsselrolle gespielt. Noch während des ersten Lockdowns kam es auch jetzt zu Protesten gegen die Regierung Janša. Diese richteten sich jedoch primär gegen deren autoritäre Tendenzen, nicht gegen den Charakter der Anti-Krisenmaßnahmen. Die Proteste dauerten bis in den zweiten Lockdown im Herbst hinein an.

Einen zentralen Platz im slowenischen Anti-Krisendispositiv nimmt die Kurzarbeit ein. Die Zugangskriterien wurden mehrfach geändert, zuerst abgemildert, im Frühjahr wieder verschärft. 80 % des Lohnes werden ersetzt. Der Nettoverdienst soll dabei den Mindestlohn nicht unterschreiten. Damit befindet sich Slowenien im oberen Bereich des Lohnersatzes innerhalb der EU (Podvršič et al. 2020: 16; Müller/Schulten 2020: 6, Abb. 3). Viel stärker als in den anderen zentralosteuropäischen Ländern wurde die Kurzarbeit auf dem Höhepunkt des ersten Lockdowns in Anspruch genommen. 35,6 % der Lohnabhängigen waren Ende April/Anfang Mai in Kurzarbeit (Müller/Schulten 2020: 3, Abb. 2). Für spezifische Gruppen von abhängig Beschäftigten gab es kurzfristige Krisenboni, unter anderem für öffentlich Bedienstete mit hohen Gesundheitsrisiken oder besonderen Belastungen. Auf der anderen Seite wurden die Arbeitsrechte bestimmter Beschäftigtengruppen für die Zeit der Epidemie eingeschränkt. Beispielsweise durfte Gesundheitspersonal weder auf Urlaub gehen noch streiken. Auch deren Überstundenrahmen wurde erhöht. Für die Krisenzeit vom 13.3. bis 31.5. wurde der Zugang zum Arbeitslosengeld dagegen erleichtert (Podvršič et al. 2020: 17 f.). Die Unterstützung für ausgewählte sozial besonders verwundbare Gruppen beschränkte sich im Wesentlichen auf Einmalzahlungen (Podvršič et al. 2020: 19 f.) Die Maßnahmen stützten insgesamt die KernarbeiterInnenschaft ab, nicht aber die große Zahl, vor allem junger, prekär Beschäftigter.

Unterstützungszahlungen wurden auch für Selbständige und LandwirtInnen eingeführt. Deren Höhe wurde mehrfach geändert. Im fünften Paket waren sie mit 700 Euro Einkommensersatz und 400 Euro zur Abdeckung der Sozialversicherung fixiert (Rus 2020: 4, Podvršič et al. 2020: 17).

Erst auf Drängen der Kapitaleseite und der eigenen BeraterInnen führte die Regierung Janša ein Garantieprogramm von 70 % bzw. 80 % bei Krediten für Groß- bzw. Klein- und Mittelbetriebe ein. Sie sind auf 10 % des Umsatzes begrenzt. Auch ein Schuldenmoratorium wurde erklärt und die Insolvenzregeln vorübergehend abgemildert. Für die Zeit des ersten Lockdowns kam es auch zur Befreiung von Sozialversicherungszahlungen und der Zahlung von Gewinnsteuern (Podvršič et al. 2020: 18 f.).

Im Wesentlichen aufgrund öffentlichen Drucks stockte die Regierung Janša die ursprünglich außerhalb der etablierten Konzertierungsstrukturen mit Kapital und Arbeit entworfenen Anti-Krisenpakete auf. Sie schützten vor allem die Kernarbeiterschaft und milderten die Risiken für die Kapitaleseite. Auch die Selbständigen wurden abgedeckt. Weitgehend ausgeschlossen blieben prekär Beschäftigte. Das ökonomische Anti-Krisenpaket ist eher als eine pragmatische Reaktion der Regierung Janša auf die Krisensituation und öffentlichen Druck denn als strategische eigene Initiative zu werten.

Tschechische Republik: Krisenmanagement zwischen Kapitalinteressen und sozialer Konsenssuche

Seit 2018 wird die Tschechische Republik von einer Minderheitsregierung aus der zentristischen Akce nespokojených občanů (ANO) des Premierministers Andrej Babiš und der tschechischen Sozialdemokratie, der Česká strana sociálně demokratická (ČSSD), gebildet. Gestützt wird sie zudem durch Komunistická strana Čech a Moravy (KSČM). Diese Konstellation ist Ausdruck einer tiefgreifenden Erosion der traditionellen tschechischen Parteien, wobei Parallelen zum slowenischen Fall unverkennbar sind. In den 1990er Jahren hatten die von der Občanská demokratická strana (ODS) angeführten Parteien den Aufbau einheimischer Kapitalgruppen forciert. In diese Zeit reichte die Existenz einiger, weniger großer Kapitalgruppen zurück, die eng mit den maßgeblichen politischen Parteien, was für viele Jahre für die ODS und die ČSSD galt, liiert waren (vgl. z.B. Balík 2019: 271 ff., Klíma 2015, speziell 123 ff.). Neben einigen wenigen großen Kapitalgruppen entstand auch ein deutlich schwächerer Sektor aus Klein- und Mittelbetrieben, die den liberal-konservativen Rechtsparteien nahestehen. Infolge einer Bankenkrise und der beginnenden EU-Beitrittsgespräche kam es Ende der 1990er Jahre zu einer verstärkten Öffnung gegenüber dem Auslandskapital, das eine dominante Position im Bankensektor und weiten Teilen der Industrie erlangte (vgl. Dražokoupil 2009).

Mit der Krise von 2008 ff. und der scharfen Austeritätspolitik der Rechtsparteien und diversen Skandalen begann eine Erosion des bisherigen Parteiensystems, beginnend auf der rechten Seite. Mit Parolen des Anti-Korruptionskampfes und der Effizienz entstanden neue, programmatisch diffuse Parteien mit oligarchischem Hintergrund. Offenbar sahen sich Oligarchen wie Babiš aufgrund der Erosion der traditionellen Parteien durch ihre bisherigen politischen Kontakte nicht mehr als ausreichend geschützt an und erkannten gleichzeitig die Möglichkeit, nach dem Vorbild der Forza Italia von Silvio Berlusconi selbst die politische Arena zu betreten (vgl. Balík 2019: 281). Die erfolgreichste dieser Initiativen war die Formation ANO von Andrej Babiš, dessen Firmenimperium seine Ursprünge im agro-industriellen Geschäft hat und erheblich von Dotationen der EU abhängig ist (vgl. Vlasatá/Patočka 2017: 79 ff.). Babiš pries sich als Anti-Establishment-Kraft und Motor eines effizienten Regierens an. In steuerpolitischen Fragen verfiht ANO niedrige und regressive Steuern, Konsens wurde und wird über einen Ausbau der Sozialpolitik gesucht. Über letzteres kam auch die Koalitionsbildung mit der Sozialdemokratie zustande, zunächst mit ANO als Juniorpartner, seit 2018 als Hauptregierungskraft. Die ČSSD hat als Koalitionspartner von Babiš, gegen den zeitweilig Ermittlungen wegen Subventionsbetrugs geführt wurden und der wegen seines Interessenkonflikts als Spitzenpolitiker und Subventionsempfänger massiver Kritik (auch seitens von EU-Gremien) ausgesetzt ist, stark an WählerInnen verloren und ist über die Regierungsbeteiligung tief gespalten.

Die Regierung verhängte den Notstand mit sehr weitgehenden Maßnahmen am 12. März. Um die Kontrolle über das Krisenmanagement kam es zu Reibereien in der Regierung. Entgegen den damals geltenden rechtlichen Bestimmungen wurde der damalige Vize-Gesundheitsminister Roman Prymula, der mit ANO verbunden ist, mit der Leitung des Zentralen Anti-Krisen-Komitees betraut. Nach Protesten der SozialdemokratInnen wurde dann doch der Innenminister Jan Hamáček (ČSSD) zum Leiter des Komitees ernannt und war damit in der Zeit des Notstandes in einer zentralen Rolle.

Hamáček berief einen Beraterstab für das ökonomische Krisenmanagement ein, in dem auch prominente heterodoxe ÖkonomInnen vertreten waren. Darauf reagierte ANO mit der Wiederbelebung des Nationalen Wirtschaftsrates NERV, der von VertreterInnen des Großkapitals und Mainstream-ÖkonomInnen dominiert wird (Podvršič et al. 2020: 21). Die Sozialdemokratie ist traditionell eng mit den Gewerkschaften, speziell dem Gewerkschaftsdachverband Českomoravská konfederace odborových svazů (ČMKOS) verbunden. Das dreiseitige Konsultationsgremium aus Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden wurde zu Beginn der COVID-19-Krise zwar regelmäßig konsultiert, aber die Gewerkschaften und Unternehmerverbände hatten nur eher begrenzten Einfluss auf die Anti-Krisenpolitik (ebd.). Nach dem Ende des ersten Notstandes erfolgte allerdings fast nur noch eine informelle Konsultation von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden – zum Missfallen beider, wie der ČMKOS-Vorsitzende Josef Středula in einem Interview mit der Tageszeitung *Právo* erklärte (Svoboda 2020: 7). Die Unterstützung von durch Betriebsschließungen betroffenen Sektoren wurde grundsätzlich auch von der rechtsliberalen Opposition mitgetragen (vgl. Fiala et al. 2020: 33 ff.).

Die ökonomischen Stützungsprogramme wurden nach und nach verabschiedet und basierten nicht auf einer ursprünglichen Grundkonzeption. Sie reagierten auf öffentlichen Druck und erkennbare Problembereiche (Podvršič et al. 2020: 21). Die Kurzarbeit gehört auch zum tschechischen Anti-Krisendispositiv. Das Kurzarbeitsprogramm entstand in Regie des ČSSD-geführten Sozialministeriums. Die Gewerkschaften und die Interessenorganisation der Industrie waren in die Konzipierung aktiv einbezogen. Die Höhe der Entschädigung hing in der ursprünglichen Konzeption von den Gründen für die Kurzarbeit ab und war nach oben gedeckelt. Die Kompensation belief sich auf 60-100% des Bruttolohns (Podvršič et al. 2020: 22, Müller/Schulten 2020: 6, Abb. 3). Auf dem Höhepunkt des ersten Lockdowns Ende April/Anfang Mai befanden sich nur 4,6% der Beschäftigten in Kurzarbeit, was zu den niedrigsten Werten in der EU gehörte (Müller/Schulten 2020: 3, Abb. 2). Kleinere Firmen bevorzugten die Alternativoption einer Entlastung von den Sozialabgaben, die bis Ende August bestand, gegenüber der Kurzarbeit (Prokeš 2020: 3). Die Kurzarbeitsregelung ist inzwischen verlängert und modifiziert worden, wobei es um Laufzeiten und Bedingungen ein Tauziehen gab. Derzeit liegt die Lohnersatzrate bei 70% (Právo 2020a: 2, vgl. Čepelová/Jašurek 2020).

Aufgrund ihrer Grundorientierung eher auf größere Firmen überraschend rasch beschloss die Regierung eine Unterstützung für Selbständige. Vom 12. März bis 30. April konnte ein Kompensationsbonus von bis zu 25.000 CZK (ca. 1000 Euro) monatlich in Anspruch genommen werden. Später wurde dieses Programm bis zum 8. Juni auf eine tägliche Entschädigung von 500 CZK umgestellt (Podvršič et al. 2020: 23). Die Auszahlungen erfolgten zügig (Právo 2020b: 17).

Die Regierung verabschiedete drei Garantieprogramme für von der Krise betroffene Firmen. Die COVID-I- und COVID-II-Programme stellten eine Adaption bereits bestehender Programme dar. Ersteres beinhaltete zinsfreie Kredite von der staatlichen Entwicklungsbank für Klein- und Mittelbetriebe, das zweite zinsfreie, durch die staatliche Entwicklungsbank garantierte Kredite durch Geschäftsbanken. Das COVID-III-Programm für Firmen mit bis zu 500 Beschäftigten wurde neu geschaffen und bietet Kreditgarantien. Dieses Programm ist am höchsten dotiert (Podvršič et al. 2020: 23 f.). Während die COVID-I- und COVID-II-Programme rasch ausgeschöpft wurden, ist das Interesse am COVID-III-Programm, vermutlich unter anderem wegen der fehlenden Zinssubvention,

geringer. Bei den Kreditprogrammen kritisierten die Firmen die komplizierte Beantragung (Právo 2020: 17). Für Exportfirmen wurde ein eigenes Garantieprogramm aufgelegt. Über die Kredit- und Garantieprogramme hinaus verabschiedete die Regierung Zahlungsaufschübe bei Steuer- und Sozialversicherungsabgabenzahlungen. Eine spezielle Unterstützung gab es für die staatlichen Kliniken (Podvršič et al. 2020: 23 f.).

Bei Krediten wurde die Option eines drei- bzw. sechsmonatigen Moratoriums geschaffen. Mietverträge von Personen, die wegen der COVID-19-Krise in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren, durften zeitweilig nicht gekündigt werden.

Die Tschechische Zentralbank wurde ebenfalls aktiv. Sie begann mit einer ersten Senkung des Leitzinssatzes um 0,5 Prozentpunkte Mitte März. Es folgten Ende März und Anfang Mai 2020 Absenkungen des Leitzinssatzes um jeweils 0,75 Prozentpunkte, sodass er nun nur mehr bei 0,25 % liegt. Auch andere Maßnahmen zur Stärkung der Kreditvergabekapazität, z.B. bei Hypothekarkrediten, ergriff die Tschechische Zentralbank. Als die Krise begann, waren Erleichterungen bei der Offenmarktpolitik, darunter auch bei Kauf von Staatsanleihen, bereits in Vorbereitung (vgl. Podvršič et al. 2020: 25, CMKOS 2020, Mihm 2020: 5).

Das tschechische Programm hat einen großen Finanzrahmen. Er würde sich auf 20,4% des BIP addieren, diese Zahl ist jedoch umstritten (Podvršič et al. 2020: 45, Tab. 1). Die Maßnahmen in der ersten Phase der COVID-19-Krise deckten die Interessen des Kapitals, speziell der kleineren und mittleren Firmen, der KernarbeiterInnenschaft und der Selbständigen relativ umfassend ab. An große Auslandsfirmen richteten sich die Programme weniger, wohl auch weil diese eher an den Finanzierungen ihrer Muttergesellschaften hingen. Nicht abgedeckt waren bestimmte Gruppen prekär Beschäftigter. Das ökonomische Programm steht zumindest in Kontinuität mit der Grundorientierung der Regierung Babiš, Legitimität für ihre Politik durch soziale Absicherung zu erlangen.

Slowakei: Rechtsverschiebung kurz vor der Krise

In der Slowakei wurde kurz vor Beginn der Krise in regulären Parlamentswahlen die durch die sozialdemokratisch-orientierte Partei Smer-SD dominierte Regierung gewählt. An ihre Stelle trat eine heterogene Rechtskoalition. Anlass für die Abwahl von Smer-SD war die Ermordung eines Investigativjournalisten und seiner Lebensgefährtin im Jahr 2018. Bereits als Folge des Mordes waren nach heftigen Protesten und starkem politischen Druck der Premierminister Robert Fico und sein Innenminister Robert Kaliňák zurückgetreten und durch andere SozialdemokratInnen, Peter Pellgini bzw. Denisa Saková, ersetzt worden. Nach dem Wechsel an der Spitze nahmen die Ermittlungen an Rasanzen zu. Sie legten ein hohes Ausmaß an Verbindungen des organisierten Verbrechens in die Justiz und Polizei bloß. Dieses problematische Geflecht geht in die 1990er Jahre zurück und wurde von der Smer-SD-Regierung lange geduldet. Es ist die kriminelle Seite von seit den frühen 1990er Jahren entstandenen engen Verbindungen zwischen einem Teil der einheimischen Unternehmen und politischen Parteien. Diese klientelistischen Geflechte haben wie in anderen zentralosteuropäischen Staaten Regierungswechsel überdauert. Mit dem Wechsel von Regierungen kam es nur zu Verschiebungen zwischen den begünstigten Kapitalgruppen. Das einheimische Kapital ist

primär im Dienstleistungssektor zu finden. Seit den späten 1990er Jahren werden Banken- und Industriesektor durch das Auslandskapital, das ebenfalls enge Verbindungen zu den slowakischen Regierungen unterhält und vielfach gefördert wird, dominiert (vgl. Drahoukoupil 2009: 38 ff., Becker/Lesay 2019: 143 ff.). Die klientelistischen Geflechte zwischen Teilen der Geschäftswelt und den politischen Parteien sowie die Korruption stoßen vor allem in der städtischen Mittelschicht auf starke Ablehnung. Es hat bereits mehrere Protestwellen gegen Korruption gegeben. Es entstanden immer wieder politische Formationen, die vorgaben, gegen Korruption zu kämpfen (vgl. Geist 2016: 58 ff.). Sie haben kaum Mitglieder und sind eher politische Marketingstrukturen. So ist es zu einem sehr instabilen Parteienspektrum auf der politischen Rechten gekommen.

Zur stärksten Kraft avancierte bei den jüngsten Parlamentswahlen Obyčajní ľudia a nezávislé osobnosti (OĽaNO), eine Protestgruppierung, die völlig auf das Korruptionsthema gesetzt hatte. Die ParlamentarierInnen der Partei sind durch den Parteivorsitzenden und neuen Premier Igor Matovič, einem Geschäftsmann im Medienbereich, handverlesen. Politisch ist die Formation heterogen. Sie besteht aus Liberalen, ein paar ÖkologInnen und einer erheblichen Anzahl von VertreterInnen einer ultra-konservativen religiösen (extremen) Rechten (vgl. Repa 2020: 28, Köhler 2020: 6). Die Koalitionspartner sind teils konservativ wie Sme Rodina, einer oligarchischen Formation um den umstrittenen Geschäftsmann Boris Kollár, die liberal-konservative Formation Za ľudí, eine vom früheren Staatspräsidenten Andrej Kiska, der sich seine politische Karriere durch Einnahmen aus seinem Kreditunternehmen finanziert hatte, gegründete Partei und die stramm neoliberale Unternehmerpartei Sloboda a Solidarita (SaS). Die SaS hat als einzige der Koalitionsparteien Regierungserfahrung. Wirtschafts- und sozialpolitisch sind in der Regierung sowohl neoliberale als auch eher nationalkonservative Positionen vertreten.

Erste Vorschläge für ökonomische Anti-Krisenmaßnahmen waren noch durch die abtretende Regierung Pellegrini entwickelt worden. Doch hatte diese kein Mandat für deren Umsetzung mehr. In der neuen war das Finanzministerium federführend für die Entwicklung des ökonomischen Maßnahmenpakets. Es konsultierte nicht die formellen dreiseitigen Gremien (Regierung, Unternehmerverbände, Gewerkschaften), sondern informell bestimmte Unternehmergruppen, vor allem den Klub 500, eine Lobbygruppe für die 500 größten slowakischen Unternehmen. Die Gewerkschaften, die während der Smer-SD-Regierung guten Zugang zur Regierung hatten, waren aus dieser Anfangsphase der Politikformulierung ausgeschlossen. Aber auch die UnternehmerInnenseite war mit dem Konsultationsmodus unzufrieden und schlug die Schaffung eines ExpertInnengremiums vor (Podvršič et al. 2020: 28). Konflikte gab es zwischen dem Premier Igor Matovič und dem Wirtschaftsminister Richard Sulík (SaS), wo das Expertengremium angesiedelt sein sollte, wobei Sulík zurücksteckte (Pravda 2020a), mit der Zusammensetzung des Gremiums aber zufrieden sein konnte. In das Komitee wurden vornehmlich ÖkonomInnen aus neoliberalen, Kapitalinteressen nahestehenden Think Tanks berufen (Podvršič et al. 2020: 28, Schmögnerová 2020: 41). Mit der Zeit legte die Regierung ihre ökonomischen Konsultationen etwas breiter an. Auch die dreiseitigen Konsultationsmechanismen zwischen Regierung, Kapitalverbänden und Gewerkschaften tagten zumindest. Nach einem offenen Konflikt mit den Gewerkschaften über den Mindestlohn, kündigte der Arbeits- und Sozialminister Milan Krajniak (Sme Rodina) an, die Zusammensetzung des Gremiums zu Ungunsten des Gewerkschaftsdachverband-

des KOZ zu verändern und auch andere ArbeitnehmerInnenvertretungen als Gewerkschaften in dem Gremium zuzulassen (Schmögnerová 2020: 41, Brunovský 2020: 16). Dies würde der Verwässerung der dreiseitigen Konsultationsgremien nach dem Vorbild von Fidesz in Ungarn entsprechen.

Kurzarbeit gehört auch zum Anti-Krisendispositiv in der Slowakei. Die Lohnersatzrate fixierte die slowakische Regierung bei 80%, wobei sie verschiedene Varianten bei den Obergrenzen – 1.100 und 880 Euro – einführte (Podvršič et al. 2020: 29, Toma 2020, Müller/Schulten 2020: 6, Abb. 3). Für den industriellen Bereich sah die Industriellenvereinigung *Asociácia priemyselných zväzov* eine Grenze von 880 Euro als zu niedrig an (Haniková 2020, *Asociácia priemyselných zväzov* 2020). Wie in der Tschechischen Republik waren auf dem Höhepunkt des ersten Lockdowns Ende April/Anfang Mai 2020 nur 4,6% der Beschäftigten in Kurzarbeit, womit die Slowakei unter die EU-Länder mit den am wenigsten genutzten Kurzarbeitsregelungen fiel (Müller/Schulten 2020: 3, Abb. 2). Für die Slowakei ist eine dauerhafte Kurzarbeitsregelung in Vorbereitung. Spezielle Kompensationszahlungen wurden für ArbeiterInnen in Quarantäne oder mit Sorgepflichten gegenüber Familienangehörigen geschaffen. Die Slowakei verlängerte die Zahlung von Arbeitslosengeld von 6 auf 7 Monate (Podvršič et al. 2020: 29). Das maximale Arbeitslosengeld wurde im Juni 2020 um ca. 80 Euro erhöht (Pravda 2020).

Für durch starke Einnahmeausfälle betroffene Selbständige wurde ebenfalls eine finanzielle Unterstützung geschaffen. Sie wurde je nach Umsatzrückgang auf monatlich zwischen 180 und 540 Euro bemessen. Für bestimmte Gruppen von Selbständigen (ohne Sozialgabenpflicht), die in der Krise für kein weiteres Einkommen verfügten, wurde eine monatliche Zahlung von 210 Euro eingeführt (vgl. Toma 2020, Podvršič et al. 2020: 29). Für den zweiten Lockdown kündigte der Arbeits- und Sozialminister Milan Krajniak im Herbst eine Erhöhung der Ersatzleistungen für Selbständige auf maximal 810 Euro und bei Einpersonenernehmen ohne Sozialversicherungspflicht auf 315 Euro an (Galiová 2020: 15).

Für das Kapital führte die Regierung verschiedene Kredit- und Garantiprogramme ein. Für Kredite bei Geschäftsbanken wurde für Klein- und Mittelbetriebe die Möglichkeit von 80%igen Staatsgarantien geschaffen. Nach einer Veränderung der EU-Regeln konnten die Garantien bis zu einer bestimmten Höhe auf 90% erhöht werden. Im Fall vom Halten des Beschäftigungsstands war auch eine Zinserleichterung möglich. Auch Überbrückungskredite für Klein- und Mittelbetriebe und Selbständige wurden geschaffen, auch mit der Möglichkeit einer Zinserleichterung bei Beschäftigungssicherung. Eines der Garantiprogramme deckt auch Großfirmen ab. Die exklusiv für Klein- und Mittelbetriebe konzipierten Programme werden aus EU-Mitteln gespeist, bei dem Programm auch für Großfirmen erfolgte die Finanzierung aus staatlichen Mitteln. Mit der Abwicklung wurden verschiedene staatliche Entwicklungs- und Außenhandelsbanken betraut (vgl. Podvršič et al. 2020: 29 f. *Ministerstvo dopravy a výstavby Slovenskej Republiky/Ministerstvo hospodárstva Slovenskej republiky* 2020, *Slovak Investment Holding/National Development Fund I*. 2020).

Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch ein Kreditmoratorium, der Möglichkeit des Aufschiebens der Zahlung von Steuern und Sozialabgaben (Podvršič et al. 2020: 30).

Das Volumen der ökonomischen Stützungsprogramme, die in den ersten drei Monaten verabschiedet wurden, beläuft sich auf ca. 4,4% des slowakischen BIP. Dies ist der rela-

tiv geringste Wert in der Region. Damit ist das Paket sehr klein angelegt. Hierin könnte man das Erbe der starken Verankerung der neoliberalen Austeritätstheorien in der slowakischen Regierungskoalition und ihren ExpertInnen sehen. Zudem fällt im Fall der Slowakei auf, dass ein erheblicher Teil des Programms aus EU-Geldern finanziert wird (Podvršič et al. 2020: 27, 46, Tab 1).

Schlussfolgerungen

Die Konsultationsprozesse bei der Konzipierung der ersten Pakete von Anti-Krisenmaßnahmen waren eher eng und informell angelegt. In der Tschechischen Republik und Polen kam es zumindest zur partiellen Einbeziehung dreiseitiger Strukturen zwischen Kapital, Arbeit und Staat. In beiden Ländern haben Regierungsparteien – die ČSSD zum Gewerkschaftsdachverband ČMKOS und PiS zu Solidarność – enge Beziehungen zu Gewerkschaften. In Slowenien kam es erst nach Protesten der Gewerkschaften zu deren selektiver Einbeziehung in eine spätere Phase der Anti-Krisenpolitik. Auch in der Slowakei kam es erst mit erheblicher Verzögerung zu Kontakten mit den Gewerkschaften. Die Kapitalseite wurde stärker eingebunden. Allerdings ist hier vor allem in Ungarn, Slowenien und der Slowakei ein selektives Konsultationsmuster sichtbar, bei dem etablierte Kapitalverbände eher am Rande stehen. Diese informelle Art der Konsultation spiegelt spezielle Naheverhältnisse zwischen Regierungsparteien und spezifischen Kapitalgruppen sowie klientelistische Politikformen wider. Diese scheinen in Ungarn besonders ausgeprägt. Es ist ganz klar, dass die Institutionen dieser Staaten Kapitalinteressen bevorzugen. Insofern ist eine strategische Selektivität der Staaten (Jessop 2002: 40 f.) zugunsten der Kapitalseite erkennbar.

Das grundlegende Design der Maßnahmen ähnelt sich: Kurzarbeit für die Kernbelegschaften, Kreditprogramme und Garantien für das Kapital (speziell Klein- und Mittelbetriebe), Steuerstundungen und Erleichterungen bei Sozialversicherungsabgaben für Unternehmen und Selbständige sowie (kleinere) Stützungsprogramme für Selbständige und Mikrobetriebe. Hinzu kommen Kreditmoratorien in verschiedenen Varianten. Aus diesem Schema weicht allein Ungarn etwas ab: Die Fidesz-Regierung hat keine substanziellen Stützungsprogramme für Selbständige und Mikrobetriebe. Die Fidesz-Regierung hat zudem die Krise genutzt, um die Arbeitszeit noch weiter zu flexibilisieren. Insofern hat sie ihre bereits vor der Krise erkennbare Politik fortgesetzt, die ArbeiterInnen zur Zementierung eines flexibilisierten Niedriglohnmodells noch weiter institutionell zu schwächen. Dies könnte ihre WählerInnenenschaft in der Arbeiterschaft zum Abschmelzen bringen. In Polen gab es eine ähnliche Initiative in Richtung Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die aber nach gewerkschaftlichen Protesten so dann doch nicht durchgezogen wurde.

Klassenmäßig ließe sich sagen, dass durch dieses Grunddesign von der Krise betroffene Kapitalfraktionen, krisenbetroffene Teile der Mittelklasse sowie die KernarbeiterInnenenschaft abgedeckt werden. Prekär Beschäftigte und Arbeitslose hingegen sind aus den Programmen weitgehend ausgeschlossen. In Ungarn ist der soziale Zuschnitt besonders eng. Einerseits gibt es Maßnahmen, die besonders auf die mit Fidesz verbundene Klientelbourgeoisie zugeschnitten sind, andererseits steht der Kurzarbeit bei den ArbeiterInnen die Flexibilisierung der Arbeitszeit gegenüber und sind auch Selbstän-

dige und Mikrobetriebe nur marginal durch die Anti-Krisenprogramme abgedeckt. Insofern ist die Fidesz-Politik sozial besonders exklusiv angelegt.

Deutliche Unterschiede sind im Finanzrahmen erkennbar, die nicht zuletzt im Umfang der Kredit- und Garantieprogramme begründet sind. Hier ist noch nicht abschätzbar, inwieweit diese tatsächlich in Anspruch genommen werden. Auffällig ist auf jeden Fall der besonders geringe Finanzrahmen in der Slowakei.

Die Maßnahmen tragen Abhängigkeitsstrukturen, unterschiedlichen Krisenbetroffenheiten, aber auch den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prioritätensetzungen der Regierungen Rechnung.

Großbetriebe nehmen in den Programmen keine besonders prononcierte Rolle ein. Das gilt speziell für die Kredit- und Garantieprogramme. Die Großbetriebe sind überwiegend in ausländischem Eigentum. Sie sind damit in deren internationale Finanzierungsstrukturen eingebunden, das lokale Bankensystem hat für sie keine besondere Bedeutung. Daher scheinen sie auch nur eine untergeordnete Rolle in den Kredit- und Garantieprogrammen zu spielen. In Polen, wo einheimische größere Firmen bedeutender als in anderen Staaten der Region sind, ist die Kredit- und Garantiekomponente für Großbetriebe etwas stärker als in den anderen Ländern der industriellen Peripherie akzentuiert. Das Auslandskapital wird – zumindest in einigen Sektoren – nach wie vor von den Regierungen als von strategischer Bedeutung gesehen. Das gilt überall für die Exportindustrie. Diese kann auf Kurzarbeit zurückgreifen, um ihre qualifizierten Arbeitskräfte kostengünstig während der Krise zu halten. In den Jahren unmittelbar vor der COVID-19-Krise gab es in den Visegrád-Ländern sektorale Knappheiten an qualifizierten Arbeitskräften – nicht zuletzt auch wegen der starken Emigration nach Westeuropa, wo das Lohnniveau deutlich höher liegt.

Durch die COVID-19-Krise sind bestimmte Dienstleistungssektoren – wie Gastgewerbe und Tourismus, Teile des Handels, viele personenbezogene Dienstleistungen – besonders stark betroffen. Dem tragen einerseits die Kredit- und Garantieprogramme sowie Steuerstundungsprogramme, andererseits die Hilfen für Selbständige und Mikrobetriebe Rechnung.

In den Programmen spiegeln sich aber auch in unterschiedlichem Ausmaß strategische polit-ökonomische Prioritäten der Regierungen und der sie prägenden Parteien wider. Diese Prioritätensetzung ist besonders markant im Fall der Fidesz-Regierung. Bestimmte Komponenten des Programms können für den Ausbau der Position des einheimischen Kapitals – im Sinne des selektiven Wirtschaftsnationalismus – genutzt werden. Sie können gerade auch der mit der Regierungspartei verbundenen Klientelbourgeoisie zugutekommen. Als einzige Regierung hat die Fidesz-Regierung ökonomische Komponenten der Notstandsgesetzgebung genutzt, um gezielt die Opposition zu schwächen. Der auch sozial exkludierende Charakter der Fidesz-Politik ist in der Krisenpolitik sogar noch akzentuiert worden. Das deutet auf einen längerfristig angelegten Abbau konsensualer Elemente in der Fidesz-Strategie hin. Damit könnten, wie bereits in der Krise erkennbar, repressiv angelegte Politikelemente weiter an Bedeutung gewinnen.

Im Fall von Polen ist das Anti-Kriseninstrumentarium geeignet, um entsprechend der strategischen Zielsetzung von PiS das einheimische Kapital zu stärken. Der recht gut ausgebaute Sektor der Entwicklungsbanken stellt für die PiS-Politik im Bereich der Kredit- und Garantiepolitik in der Krise eine gute institutionelle Grundlage dar. In der

Krise zeigen sich bei PiS unterschiedliche Tendenzen im Hinblick auf die Einbindung der KernarbeiterInnenschaft in das PiS-Projekt. Hier sind widersprüchliche Tendenzen erkennbar, die zunehmende Konflikte zwischen einem Flügel konservativer Modernisierer und einem Flügel sozialkonservativer, gesellschaftspolitisch reaktionärer Kräfte widerspiegeln. Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Einengung der finanziellen Spielräume der Regierung ist eine Verschärfung dieser Konflikte um die Gestalt des PiS-Projektes zu erwarten.

Die SDS in Slowenien, die sich im Staatsumbau und der Gesellschaftspolitik an Fidesz (und PiS) orientiert, ist zu Beginn der COVID-19-Krise durch einen Regierungswechsel zur bestimmenden Regierungsmacht geworden. Sie hat in der Krise dem Staatsumbau und der Stärkung der eigenen Kader im Staatsapparat Priorität eingeräumt. Ein strategisches wirtschaftspolitisches Konzept ist anders als bei Fidesz und PiS derzeit nicht erkennbar. Die SDS-geführte Regierung hat in Fragen der ökonomischen Anti-Krisenpolitik (nicht aber in Fragen des Staatsumbaus und der Medienpolitik) auf gesellschaftlichen Druck reagiert. Die relativ breit angelegte ökonomische Anti-Krisenpolitik in der ersten Phase könnte ihre Legitimität stärken.

Im Fall der Tschechischen Republik können die relativ breit gefächerten Maßnahmen in Kontinuität der Legitimitätsgewinnung über Sozialpolitik der Vor-COVID-Zeit gesehen werden. In der Slowakei, wo die Regierung sehr unerfahren ist, spiegelt der relativ geringe Finanzrahmen die stark verinnerlichte neoliberale Austeritätsorientierung wider.

Derzeit sind die Regierungen der Region bereits mit den ökonomischen Konsequenzen des zweiten Lockdowns konfrontiert, der speziell die Kleinbetriebe und Selbständigen in einer bereits sehr geschwächten Lage trifft. Grundmuster der Anti-Krisenpolitik der ersten Krisenphase dürften wohl auch für die zweite Phase der ökonomischen COVID-19-Krise prägend werden.

Literatur

- Antal, Attila (2019): Orbán bárkája. Az autoriter állam és kapitalizmus szövetsége. Budapest
- Asociácia priemyselných zväzov (2020): Kurzarbeit s finančným limitom prepuštanie zmierni, no nezastaví. 16.4. (www.asociaciapz.sk/kurzarbeit-s-financnym-limitom-prepustanie-zmierni-nozastavi/; 8.11.2020)
- Balík, Stanislav (2019): Oligarchizace české politiky. In: Balík Stanislav et al.: Od Palackého k Babišovi. Česká politika 19. až 21. století. Prag/Brno, 268–285
- Antal, Attila (2020): A koronavírus és az Orbán-rendszer osztálypolitikája. In: *Eszmélet*, Nr. 125, 7–17
- Bartha, Ezter/Ióth, András (2019): What Lies Beneath the Appeal of the Radical Right to Elite Skilled Workers? The Impact of Deeply Ingrained Nationalism and Perceptions of Multiple Exploitation. In: Feischmidt, Margit/Majtény, Balázs (Hg.): *The Rise of Populist Nationalism. Social Resentments and the Anti-Constitutionalist Turn in Hungary*. Budapest, 247–268
- Becker, Joachim (2018): Neo-Nationalismus in der EU: sozio-ökonomische Programmatik und Praxis. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 179. Wien
- Becker, Joachim (2020): Selektiver Wirtschaftsnationalismus und Klassenprojekte: Fidesz und PiS im Vergleich. In: Book Carina/Huke, Nikolai/Tiedemann, Norma/Tietje, Olaf (Hg.): *Autoritärer Populismus*. Münster, 150–164
- Becker, Joachim/Ćetković, Predrag/Weissenbacher, Rudy (2015): Financialization, Dependent Export Industrialization, and De-Industrialization in Eastern Europe. In: Cozzi, Giovanni/Newman, Susan/ Toporowski, Jan (Hg.): *Finance and Industrial Policy. Beyond Financial Regulation in Europe*. Oxford, 41–64

- Becker, Joachim/Lesay, Ivan (2019): Slovakia's development model: contours, vulnerabilities and strategic alternatives. In: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, 27(2-3), 139–154
- Bohle, Dorothee (2018): European Integration, Capitalist Diversity and Crises Trajectories on Europe's Eastern Periphery. In: *New Political Economy*, 23(2), 239–253
- Brunovský Oliver (2020): Minimálna mzda bude kompromisom. In: *Denník N*, 26.8., 16
- Celi, Giuseppe/Ginzburg, Andrea/Guariscio, Dario/Simonazzi, Annamaria (2020): Una Unione divisiva. Una prospettiva centro-periferia della crisi europea. Bologna
- Čepelová, Heda/Jašurek, Miroslav (2020): Kurzarbeit, lék na blbou náladu? In: *Listy*, 50(5), 9–11
- CMKOS (2020): Přehled ekonomických opatření jednotlivých vlád. 3.6.2020 (www.cmkos.cz/cs/obsah/821/prehled-ekonomickych-opatreni-jednotlivych-vlad/265776; 17.10.2020)
- Csengel, Karina (2020): Jöhet a rabszolgatórvény 2.0, ezúttal nemzetgazdasági érdekre hivatkozva. In: *Mercé*, 30.5. (<https://merce.hu/2020/05/30/johet-a-rabszolgotorveny-2-0-ezuttal-nemzetgazdasagi-erdekre-hivatkozva/>; 1.6.2020)
- Ćwieluch, Juliusz (2020): Polacy ogłosili koniec pandemii. In: *Polityka*, 21/2020, 20.5., 12–15
- Czarkowski, Marek (2020): Wszyscy ludzie Mateusza. In: *Przegląd*, 12.10., 8–11
- Dąbrowska, Anna/Greszak, Adam (2020): Tekturowa tarcza. In: *Polityka*, Nr. 14/2020, 1.4., 17–19
- Drahokoupil, Jan (2009): *Globalization and the State in Central and Eastern Europe. The politics of foreign direct investment*. London/New York
- Éber, Márk Áron/Gagyi, Ágnes/Gerőcs, Tamás/Jelinek, Csaba (2019): 2008–2018: Válság és hegemonia Magyarországon. In: *Fordulat*, Nr. 76, 28–75
- Eurostat (2020): Household debt, consolidated including Non-profit institutions serving households – % of GDP (<https://ec.europa.eu/eurostat/>; 9.10.2020)
- Fiala, Petr/Dvořák, Petr/Krutílek, Ondřej (2020): Politika v čase koronaviru. Brno
- Fink Hafner, Danica (2020): Destabilizacija slovenskega strankarskega sistema po letu 2000. In: *Krašovec, Alenka/Deželan, Tomaž (Hg.): Volilno leto*. Ljubljana, 5–35
- Frankfurter Allgemeine (2020): Orbán will ohne Parlament regieren. In: *Frankfurter Allgemeine*, 23.3., 1
- Galisová, Marina (2020): Zodpovednosť štátu a dôvera občana. In: *Týždeň*, Nr. 43/2020, 19.10., 12–15
- Geist, Radovan (2016): Die Visegrád-Länder in der EU: ein abweichender Fall? In: *Kurswechsel*, Nr. 4, 53–62
- Gerőcs, Tamás/Jelinek, Csaba (2018): A Nemzeti Együttműködés Rendszer az Európai Unióban. Magyarországon EU-integrációjáról – történeti szociológiai megközelítésben. *Eszmélet*, Nr. 118, 12–33
- gov.pl (2020): II Filar: Finansowanie przedsiębiorstw. (www.gov.pl/web/tarczaantykrzysowa/finansowanie-przedsiębiorstw; 24.10.2020)
- gov.pl (2020b): IV Filar: Wzmocnienie system finansowego. (www.gov.pl/web/tarczaantykrzysowa/wzmocnienie-systemu-finansowego; 24.10.2020)
- Haniková, Lenka (2020): Slovensko je jediná európska krajina, ktorá ešte neprijala štandardný kurzarbeit. In: *Euractiv*, 22.4. (<https://section/socialna-politika/news/slovensko-je-jedina-europska-krajina-ktora-este-neprijala-standardny-kurzarbeit/>; 8.11.2020)
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge
- Klíma, Michal (2015): *Od totality k defektní demokracii. Privatizace a kolonizace stran netransparentním byznysem*. Prag
- Köhler, Matthias Istvan (2020): Taliban in Bratislava. In: *Junge Welt*, 3.3., 6
- Lauterbach, Reinhard (2020): Saures für Arbeiter. In: *Junge Welt*, 30.4., 9
- Lorenčič Aleksander/Prinčič, Jože (2018): Slovenska industrija od nastanka do danes. Ljubljana
- Löwenstein, Stephan (2020): Viktor Orbán's frohe Botschaft. In: *Frankfurter Allgemeine*, 19.5., 4
- Mayer, Gregor (2020): Orbán will nun zum Durchregieren via Parlament zurückkehren. In: *Der Standard*, 18.5.2020, 4
- Mekina, Borut (2020): "Jastoge smo dali na mizo, pojedli jih pa bodo drugi?" In: *Mladina*, Nr. 5, 31.1., 23–26
- Méró, Katalin/Piroska, Dóra (2016): Banking Union and banking nationalism – Explaining opt-out choices of Hungary, Poland and the Czech Republic. In: *Policy and Society*, 35(3), 215–226
- Mihm, Andreas (2020): "Vorteil, nicht zum Euroraum zu gehören". In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.4., 25
- Ministerstvo dopávy a výstavby Slovenskej republiky/Ministerstvo hospodarstva Slovenskej republiky (2020): *Schéma štátnej pomoci na podporu naplnenia základnej úrovne potrieb likvidity zdrojmi EŠIF v súvislosti s nálezou Covid-19-SIH*. Bratislava
- Müller, Torsten/Schulten, Thorsten (2020): Ensuring fair short-time work – a European overview. ETUI Policy Brief 7/2020

- OPZZ (2020): Tarcza antykryzysowa 4.0: niższe odprawy i odszkodowania. (www.opzz.org.pl/opinie-i-analizy/polityka-spoleczna/tarcza-antykryzysowa-4-0-nizsze-odprawy-i-odszkodowania; 19.10.2020)
- Pap, Szilárd István (2020): Kampf gegen Airbnb. In: *Junge Welt*, 13.10., 9
- Piroska, Dóra/Podvršič, Ana (2020): New European Banking Governance and Crisis of Democracy: Bank Restructuring and Privatization in Slovenia. In: *New Political Economy*, 25(6), 992–1006
- Podvršič, Ana (2018): The internationalization of the Slovenian state under the Eurozone regime and the crisis of Slovenian exceptionalism. In: Udvari, Beáta/Voszka, Éva (Hg.): *Challenges in National and International Policies*. Szeged, 13–34
- Podvršič, Ana (2019): Du success story à la périphérie industrialisée de la zone euro. In: Delteil, Violaine/Richet, Xavier (Hg.): *Europe, une fracture à retardement. Intégration asymétrique, dépendances, fragmentation*. Paris, 213–239
- Podvršič, Ana/Becker, Joachim/Piroska, Dóra/Profant, Tomáš/Hodulák, Vladan (2020): Mitigating the Covid-19 effect: Emerging economic policy-making in Central Europe. ETUI Working Paper 2020.07
- Podvršič, Ana/Veselinovič, Jaša (2020): SDS v primerjalni enačbi razrednih strategij skrajno desnih strank na evropski industrializirani periferiji in njen regresivni rezultat. *Blog.zalozbac.si*, 23.9. (<https://blog.zalozbac.si/sl/blog/sds-v-primerjalni-enacbi-razrednih-strategij-skrajno-desnih-strank-naevropski>; 5.10.2020)
- Polski Fundusz Rozwoju (2020): Przewodnik Antykryzysowy dla Przedsiębiorców. Warschau
- Popławski, Konrad (2016): The Role of Central Europe in the German Economy. The Political Consequences. OSW Report. Warschau
- Pravda (2020a): Sulíkova ekonomická rada nezvikne, nebude súperiť s Matovičom. In: *Pravda*, 15.4. (<https://ekonomika.pravda.sk>; 15.4.2020)
- Pravda (2020b): Dávka v nezamestnanosti porastie od júla o 80 eur. Čaká ju aj ďalšia zmena. *Pravda*, 9.6. (<https://uzitocna.pravda.sk/> 9.6.2020)
- Právo (2020a): Maláčová: Koalice se dohodla na kurzarbeitsu. In: *Právo*, 17.9.2020, 2
- Právo (2020b): Firmy: Bonus pomohl, s úverý je to horší. In: *Právo*, 22.9., 17
- Prokeš, Jan (2020): Blíží se kurzarbeit. O jeho předchůdce Antivirus firmy přes léto ztrácelý zájem. In: *Hospodářské noviny*, 2.10., 3
- Prokop, Daniel (2020). *Slepé skvrny. O chodobě, vzdělání a dalších výzvách české společnosti*. (2. erw. Aufl.). Brno
- Rabij, Marek (2020): Be jak bezrobotny. In: *Tygodnik Powszechny*, 31.5., 26–28
- Radzikowski, Andrzej (2020): Niechciany dialog? In: *Przegląd*, 27.4., 25
- Repa, Marian (2020): Povělný hlavoból. In: *Pravda*, 2.3., 28
- Rus, Urška (2020): Podaljšek za čakanje na delo, pogoji ostrejši. In: *Dnevnik*, 25.9., 4
- Scheiring, Gábor (2019): Egy demokrácia halála. Az autoriter kapitalizmus és felhalmozó állam felemelkedése Magyarországon. Budapest
- Schmögnerová, Brigita (2020): Debakel vlády aj nás všetkých. In: *Pravda*, 5.9., 41
- Schreiner, Josef et al. (2020): Development in selected CESEE countries. Coronavirus overruns the region. In: *Focus on European Integration*, 2/2020, 7–49
- Skwirowski, Piotr (2020): Tarcza tarczy nierówna. Skąd największa pomoc. In: *Rzeczpospolita*, 22.5., A16
- Slovak Investment Holding/National Development Fund I. (2020): Schéma štátnej pomoci na podporu naplnenia základnej úrovne potrieb likvidity štátnymi zdrojmi v súvislosti s nálezou Covid-19-SIH. Bratislava
- Svoboda, Jakub (2020): Středula: Na zrušení superhrubé mzdy doplatí nízkopříjmoví zaměstnanci. In: *Právo* 8.10., 7
- Szacki, Wojciech (2020): Rekonstruktorzy. In: *Polityka*, Nr. 41/2020, 7.10, 24–26
- Szalai, Erzsébet (2018): Hatalom és értelmiség a globális térben. Tanulmányok és publicisztika írások 2015–2018. Budapest
- Toma, Branislav (2020): Slovensko zaplatí firmám za udržanie pracovných miest. In: *Pravda*, 14.4 (<https://ekonomika.pravda.sk/ludia/clanok/548584-nazivo-vlada-rozsiruje-pomoc-pre-zamestnace-a-zamestnavateleov>; 15.4.)
- Trampuš, Jure (2020): V Orbánovi lasti. In: *Mladina*, Nr. 7, 14.2., 18–22
- Várhegyi, Éva (2020): Válságkezelés vagy haszonlesés? In: *Élet és irodalom*, Nr. 25/2020, 19.6., 3
- Vlasatá, Zuzana/Patočka, Jakub (2017): Žlutý baron. Skutečný plan Andreje Babiše: Zřídít stát jako firme. Prag
- Witczyk, Lukasz (2020): Tarcza antykryzysowa: Kiedy wypłaty świadczeń postowych? *Money.pl*, 2.5. (www.money.pl/gospodarka/tarcza-antykryzysowakiedy-wypłaty-swiadczen-postowych-65054256303617a.html; 24.10.2020)
- World Bank (2020a): Manufacturing, value added (% of GDP) – European Union (<https://data.worldbank.org/indicator/NV.IND.MANF.ZS?location=EU>; 13.10.2020)
- World Bank (2020b): Domestic credit to private sector (% of GDP). (<https://data.worldbank.org/indicator/FS.AT.PRVT.GD.ZS>; 12.10.2020).